

UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG



DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

8. JAHRGANG, Nr. 4

LEIPZIG, 23. JANUAR 1964

PREIS 15 PF

Kein Anreiz für Einsen? (Seite 4) Gespräch mit Fred Lohse (Seite 6)

Kiewer in Leipzig

Am Dienstagvormittag traf in Leipzig eine Delegation von Wissenschaftlern der Schewtschenko-Universität Kiew ein, die mit der Karl-Marx-Universität durch einen Freundschaftsvertrag verbunden ist. Die sowjetische Delegation unter der Leitung vom Prorektor für wissenschaftliche Arbeit, Prof. Dr. Schmundski, besucht unsere Universität, um Aussprachen über die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen in der nächsten Zeit zu führen.

Gäste aus Peru

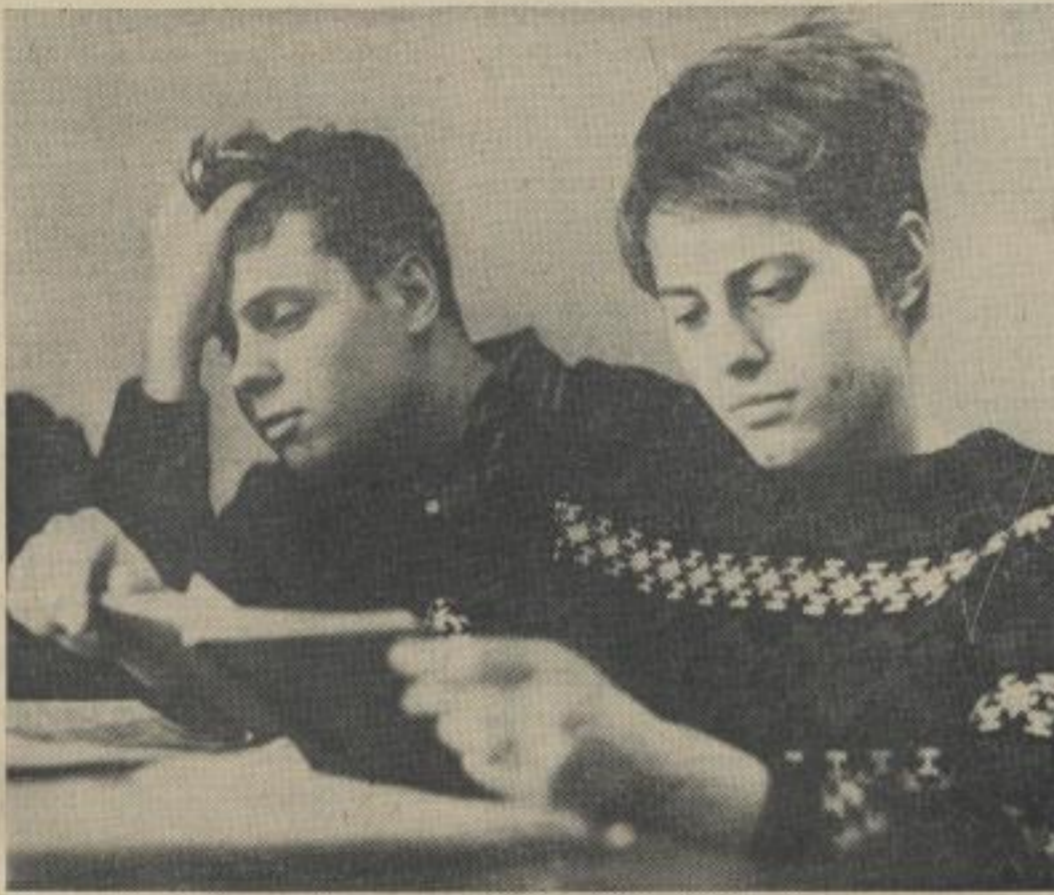
Der Präsident der Peruanischen Friedensbewegung, Herr Ernesto More, und der Dekan der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität San Marcos de Lima, Peru, Herr Prof. Dr. Rafael Davila Cuevas, besuchten am 17. Januar die Karl-Marx-Universität. Sie wurden im Haus der Wissenschaftler von Magnifizenz empfangen und führten einen regen Erfahrungsaustausch mit Frau Prof. Harig, Prof. Dr. Renneberg, Prof. Dr. Neubert und anderen Vertretern der Universität. Anschließend beteiligten die Gäste in Begleitung von Rektor Prof. Dr. Müller Einrichtungen der Universität und besuchten das Herder-Institut.

Verantwortungsbewußt

Prof. Dr. Lothar Mosler, Prorektor für die Gesellschaftswissenschaften an der Karl-Marx-Universität, erklärte zum Brief Walter Ulbrichts an Bundeskanzler Erhard: „Stellt man in unseren Tagen die Frage, was bedeutet Verantwortungsbewußtsein im politischen Sinne, so muß man zuerst klären, wie eine Staatsführung, Regierung oder Partei zur Atomwaffe steht. Verfügt sie ihre Achtung oder kämpft sie darum, Atomwaffen zu besitzen.“

Der Vorschlag Walter Ulbrichts an Prof. Erhard, auf deutschem Boden unter keinen Umständen Kernwaffen zu dulden, zeugt von hohem Verantwortungsbewußtsein für die ganze deutsche Nation und ihre Zukunft.

Zum anderen spricht eine große Kompromissbereitschaft aus diesem Vorschlag: So wichtig normale Beziehungen zwischen den zwei deutschen Staaten auch sind — weil es ohne Beziehungen auch keine Verständigungen gibt — darf doch die Beseitigung der Atomkriegsgefahr nicht durch Fragen der gegenseitigen Anerkennung verzögert werden.“



Treffen der Jugend Sache aller

Unter der Schirmherrschaft von Magnifizenz Prof. Dr. Georg Müller konstituierte sich in einer festlichen Sitzung im Haus der Wissenschaftler vergangene Woche das Festkomitee der Universität zum Deutschlandtreffen. Günter Schneider, Erster Sekretär der FDJ-Kreisleitung, konnte unter den erschienenen hervorragenden Repräsentanten der Universität unter anderem weiterhin begrüßen: Prof. Dr. Georg Mayer, Ehrenvorsitzender der Rektorenkonferenz; Prorektor Prof. Dr. Möhle; den Vorsitzenden der UGL, Prof. Dr. Müller; Prof. Dr. Uhlmann sowie Aspirant Gerd Lehner und die Studenten Harald Schliwa und Rudi Wiedler.

Der Rektor appellierte an das ganze Universitätskollektiv, eine Einheit in dem Willen zu werden, mit Begeisterung und hohen Leistungen dieses Fest vorzubereiten. Anschließend hielt Günter Schneider die Festansprache, in der er u. a. sagte: „Das Deutschlandtreffen wird ein Höhepunkt des offenen Gesprächs zwischen Bürgern beider deutscher Staaten, wobei dieses Treffen besonders dadurch gekennzeichnet ist, daß es Massencharakter trägt und vom Willen der Jugend beider deutscher Staaten und Westberlins Zeugnis ablegt, jetzt und künftighin die Verantwortung für die Durchsetzung einer Entspannung zu tragen. Ein weiteres wichtiges Moment ist in der Tatsache zu sehen, daß das Deutschlandtreffen eine Massenbilanz der Initiative der Jugend der DDR sein wird, das Jugendkommuniqué in die Tat umzusetzen.“

An seine Worte, die mit einem Toast auf das Fest ausklangen, schloß sich eine rege und offene Debatte über die Vorbereitung des Treffens, die Ausbildung der Studenten und Probleme der Jugendpolitik an, an der sich jung und alt gleichermaßen beteiligte.

So schlug Prorektor Möhle vor, den 5. Mai durch wissenschaftliche, kulturelle und sportliche Veranstaltungen zum Höhepunkt der Vorbereitung zu machen. An diesem Tage soll auch erstmalig eine Leistungsschau der Studenten stattfinden.

Genosse Dr. Wenge, den Sekretär der UPL, Genossen Böhm, als Komiteemitglied vertretend, wies darauf hin, daß es jetzt gelte, bei allen Studenten das Verständnis für die nationale Problematik zu vertiefen und daraus die Verantwortung jedes einzelnen für sein Studium abzuleiten.

Foto: H.-P. Gault

Ruf des Festkomitees

der Karl-Marx-Universität zum Deutschlandtreffen der Jugend Pfingsten in Berlin

Zur Vorbereitung des Deutschlandtreffens der Jugend Pfingsten in Berlin wenden wir uns an alle Angehörigen der Karl-Marx-Universität, vor allem an alle Jugendlichen, an alle Studenten, aber auch an die Professoren, Dozenten und Assistenten, an die Arbeiter und Angestellten, an alle gesellschaftlichen Organisationen mit dem Ruf: Das Treffen der Jugend und seine Vorbereitung zu unser aller Sache werden zu lassen.

Unser Ruf gilt der akademischen Jugend, gilt Euch, die Ihr berufen seid, gemeinsam mit der älteren Generation ein Deutschland des

Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu bauen, in dem ihr Haus sein wird. Schafft eine Atmosphäre des produktiven Studiums, kämpft um die Ausnutzung der Studienzzeit und die Einhaltung der Studiendisziplin, entwickelt das wissenschaftliche Leben in seiner vollen Breite. Ringt um hohe und höchste Studienergebnisse, werdet gute Fachleute und Sozialisten! Eifert solchen Studenten wie Günter Dawell, Ingeborg Braun, Klaus Meinelt, Erika Hiller oder Harald Schliwa nach. Sie zählen zu unseren Besten, sie setzen den Maßstab.

Knüpft die Verbindungen zur sozialistischen Praxis noch enger, schafft neue Kontakte, um allen Studenten die Möglichkeit zu geben, sich in ihrer Wissenschaft zu beweisen. Nutzt dazu das Praktikum, vertieft und verstärkt die Kontakte zur Leipziger Arbeiterjugend so wie es die Landwirte im VEG Wachau und die Juristen im Jugendklubhaus Mitte zeigen.

Entwickelt und vertieft die geistigen Auseinandersetzungen zu Problemen Eurer Wissen-

schaft und über die Politik und die Meinung der Partei. Laßt die Vorbereitung der zentralen Studentenkongressen zu Problemen der 14- bis 18jährigen, die Studentenkongressen an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zum neuen ökonomischen System und die Streitgespräche über philosophische Fragen sowie die erste Leistungsschau an der Universität zu Höhepunkten in den Monaten vor dem Deutschlandtreffen werden.

Führen wir den Studentenwettbewerb auf breiter Basis fort! Wir wenden uns an die Angehörigen des Lehrkörpers, an die Arbeiter und Angestellten. Unterstützt Sie unsere Jugendlichen und den sozialistischen Jugendverband bei der Vorbereitung auf das bedeutsame Fest im Mai.

Die beste Unterstützung ist, wenn Sie Ihre ganze Persönlichkeit dafür einsetzen, hochqualifizierte, sozialistische Fachkräfte auszubilden. Dazu ist ein enges Vertrauensverhältnis mit der Jugend notwendig. Helfen Sie ihr bei der Entwicklung des Studentenwettstreits, unterstützen Sie die Vorbereitung der Studenten-

konferenzen, Streitgespräche und der Leistungsschau.

Wir wenden uns an die Ensemble und Kulturgruppen, wenden uns an unsere Sportler. Das Fest der Jugend ist ein Fest der Freude, ein Fest des Tanzes und des Liedes, ein Fest von Sport und Spiel. Helft schon in den Monaten der Vorbereitung mit, ein vielfältiges kulturvolles und sportliches Leben an der Universität zu entwickeln. Wartet nicht, geht dorthin, wo unsere Jugendlichen sind.

Die Delegierten unserer Universität werden in Berlin Rechenschaft darüber ablegen, wie die Karl-Marx-Universität Leipzig, wie ihre Angehörigen es verstanden haben, das Jugendkommuniqué und die Beschlüsse des VII. Parlaments der FDJ in Vorbereitung dieser Festtage der Jugend Wirklichkeit werden zu lassen.

Daß diese Rechenschaft gut ausfällt, hängt von jedem ab.

Vorwärts zum Deutschlandtreffen! Das Festkomitee Leipzig, den 17. 1. 1964

die antwort

Walter Ulbricht hat in seiner Rede anlässlich des 45. Jahrestages der Gründung der KPD erneut Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen mit Westdeutschland und Westberlin vorgeschlagen. Welche Aussichten bestehen gegenwärtig nach den erfolgreichen Passierscheinverhandlungen mit Westberlin für weitere Schritte zur Normalisierung des Reiseverkehrs zwischen beiden deutschen Staaten bzw. der DDR und Westberlin?

Voraussetzung für den gegenseitigen Reiseverkehr zwischen beiden deutschen Staaten bzw. zwischen Westberlin und der DDR ist, daß auch von westdeutscher Seite jene Normen beachtet werden, die im zwischenstaatlichen Reiseverkehr üblich sind, denn in Deutschland existieren nun mal zwei Staaten und außerdem das besondere Territorium Westberlin, das sich zu einem besonderen Staatengebilde entwickelt und die Qualität eines souveränen Staatsgebietes und eines völkerrechtlichen Subjekts mit der Schaffung der Freien Stadt erhalten wird.

Hieraus folgt die Konsequenz, daß wir nicht mehr von Deutschen und Deutschland schlechthin sprechen können, sondern daß es zwei Staaten und das Staatengebilde Westberlin und demzufolge auch zwei Staatsbürgerschaften und die Westberliner in Deutschland gibt, was übrigens für die DDR in den neuen Personalausweisen sinntätig zum Ausdruck gebracht wird.

Daher die Erfahrung lehrt, daß die Bürger der DDR, die bei einem Aufenthalt in Westdeutschland zum Ausdruck bringen, daß sie Bürger des sozialistischen deut-

schen Staates sind und als bewußte Bürger der DDR auftreten, gefährdet sind, obwohl keinerlei Verstoß gegen das Bonner Grundgesetz vorliegt. Weiterhin ist die Tatsache bezeichnend, daß die westdeutsche Zollgesetzgebung Deutschland in die Grenzen von 1937 einbezieht — also juristisch die DDR annektieren will — und auch nach dem neuen westdeutschen Strafgesetzbuch solche Bürger schlechthin mit Strafe bedroht sind, die nicht Bürger der Bundesrepublik sind und deren Handlungen sich außerhalb der Bundesrepublik vollziehen. Man muß sich also an DDR-Bürger für ihre berufliche und politische Tätigkeit, die sie in der DDR ausüben, in Westdeutschland zu bestrafen. Das zeigt doch: Wir müssen davon ausgehen, daß ein ausgedehnter Reiseverkehr zwischen beiden deutschen Staaten und Westberlin beiderseitig nur dann möglich ist, wenn für die Bürger der DDR die gleiche Rechtssicherheit besteht, als wenn sie nach Polen oder in die Sowjetunion reisen.

Die DDR gewährt jedenfalls den westdeutschen und Westberliner Bürgern die Freiheit der Überzeugung und gibt ihnen die erforderliche Rechtssicherheit, wovon gerade auch die hohe Besucherzahl im Jahre 1963 bezeugt Zeugnis ablegt.

Es geht also darum, daß die Bürger der DDR diese Rechtsgarantien auch in Westdeutschland erhalten und sie nicht gezwungen sind, ihrem Staat zu verweigern oder gar zu diskreditieren. Aber die Fälle Grasnick und Hofe lehren, daß diese Rechtssicherheit nicht besteht. Grasnick war der erste Proberfall der Bonner Notstandsgesetzgebung. Er sollte für seine auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik beruflich ausgeübte Tätigkeit als Chefredakteur des Deutschlandsenders bestraft werden. Ähnlich liegen die Dinge gegenwärtig bei Hofe, den sie recht long festhalten, aber im Grunde genommen ist die Sache nicht anders, und — um das letzte aktuelle Beispiel zu nehmen — so liegen die Dinge auch bei den beiden Überbringern der Grußadresse an den DGB-Kongreß. Das sind Beweise aus der jüngsten Zeit dafür, daß eine solche Rechtssicherheit westdeutscherseits nicht gegeben ist. Ein ungehinderter Reiseverkehr nach beiden Richtungen setzt also voraus, daß die Bundesrepublik und

Westberlin sich bereit erklären, die ihren Bürgern in der DDR gewährten Sicherheitsrechte den DDR-Bürgern auch auf ihren Territorien einzuräumen.

Insbesondere geht es darum, daß die den DDR-Bürgern ausgehändigten Personaldokumente bzw. Reisepässe als die eines anderen Staates mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen geachtet werden. Das bedeutet natürlich auch, daß die Möglichkeit der Abwerbung und der Republikflucht ausgeschlossen sind.

Wir sagen ganz offen: Wir haben natürlich die Staatsgrenze in Berlin nicht kontrollierbar gemacht, um durch die Hintertür, sozusagen durch uns beschleunigt und auf unseren Schienenwegen, das fortzuführen, was die Ultras in Bonn bis zum 13. August 1961 in großem Stil betrieben haben und wieder betreiben möchten. Die Zeiten sind vorbei, sie kehren nie mehr wieder. Das kann sich auf die Dauer kein Staat der Erde leisten lassen. Wir denken gar nicht daran, uns noch weiter Milliarden von Bonn zum Schaden der DDR-Bevölkerung rauben zu lassen. Bonn bekommt übrigens selbst die Auswirkungen einer hohen gegen die Bundesrepublik gerichteten Abwerbung von Wissenschaftlern, Technikern und qualifizierten Facharbeitern seitens seiner NATO-Verbündeten erheblich zu spüren. Und deshalb sagen wir unseren Bürgern und auch der westlichen Seite, wir sind sogar für einen ausgedehnten Reiseverkehr, wenn die Pässe unseres Staates als die Pässe eines anderen Staates geachtet werden, und damit ausgeschlossen ist, daß eine Abwerbung stattfindet. Diese von uns selbstverständlich gewährten Garantien müssen auch von der anderen Seite gegeben werden.

Leider wirkt sich die sture Haltung der Bundesregierung und die Existenz des sogenannten Alliierten Travelboard Office in Westberlin sehr nachteilig auf die Reisen von Wissenschaftlern der DDR zu westdeutschen und anderen Kongressen im NATO-Bereich aus. Wir unternehmen erhebliche Anstrengungen, um diese Diskriminierung der DDR und ihrer Wissenschaftler zu überwinden, aber bis heute ist eine vernünftige Regelung, wie sie sich teilweise im Sportverkehr durch Vereinbarungen auf gegenseitiger Grundlage anbahnen, leider gescheitert.

Wir dürfen uns in der Frage der Normalisierung der Beziehungen und der Anerkennung der Reisepässe auf beiden Seiten über den Zeitpunkt angesichts der Zielsetzung der Bonner Kreise, die DDR zu annektieren, keinerlei Illusionen hingeben. Das Interview, das der Bonner Außenminister Schröder im November gegeben hat, geht allein dahin, daß man, wie er sagt, keinerlei Aufwertung der DDR zulassen möchte, und daß sie das praktizieren wollen, was Walter Ulbricht in seiner Rede sehr ausführlich dargestellt hat.

Die Anerkennung der Reisepässe auf gegenseitiger Basis und ein großzügiger Reiseverkehr scheint mir ein Problem zu sein, das man nicht aus dem Komplex der Normalisierung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten herauslösen kann. Es steht im engsten Zusammenhang mit der Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik, mit der Respektierung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, wie sie in der DDR besteht, und diese Tatsache unterstreicht, daß das noch ein ganzes Stück Weg ist, den wir vor uns haben.

Das Entscheidende ist wohl beim Berliner Abkommen und bei den Dingen, die sich über Weihnachten in Berlin zugetragen haben, daß es uns gelungen ist, die starre Front aufzubrechen und gewisse Tabus umgestoßen zu haben, und daß wir einen Prozeß in Gang gebracht haben, der sicherlich in der Proklamierung Westberlins als Freie Stadt und in der vollen Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Westberliner Bevölkerung sowie in der Durchsetzung der Völkerrechtssubjektivität Westberlins als Freie Stadt einmünden wird. Möglicherweise wird sich schon vorher das Problem des Reiseverkehrs der Westberliner zu uns und auch der Bürger der Hauptstadt der DDR nach Westberlin auf gegenseitiger Grundlage regeln lassen. Ich möchte auch betonen, daß viele Zwischenstufen erforderlich und notwendig sein werden. Die Dynamik der Verhandlungen läßt sich nicht im einzelnen voraussagen. Aber sicher ist, daß wir dieses Stückchen Konsistenz, das wir in Westberlin errungen haben, mit den laufenden Verhandlungen weiterführen und damit der Lösung dieser Frage ein ganzes Stück näher kommen werden. Dozent Dr. jur. habil. W. Poeggel